

Testfall Belarus

Konsequenzen für die EU aus den Präsidentschaftswahlen 2010

von Marie-Lena May und Dr. Stefan Meister

Alexander Lukaschenko hat am Abend der belarussischen Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2010 gezeigt, dass nur ohne ihn ein demokratisches Belarus möglich ist. Die gewaltsame Auflösung von Protesten, die Inhaftierung von über 600 Personen, die Durchsuchung von Büros von Menschenrechtsorganisationen und Medien, die Missachtung elementarster Menschenrechte durch die belarussischen Sicherheitsorgane sollten mit harten Sanktionen der EU beantwortet werden. Die EU-Mitgliedstaaten müssen das Regime Lukaschenkos ökonomisch und politisch unter Druck setzen, ohne dabei die belarussische Zivilgesellschaft zu isolieren. Gleichzeitig muss Russland in die Verantwortung genommen werden, da es im Hintergrund das System Lukaschenko stabilisiert. Meint die EU ihr Eintreten für Demokratie und Menschenrechte ernst, muss sie Belarus zum Testfall für eine konsequente Außenpolitik machen.

Das wahre Gesicht des Regimes Lukaschenkos

Die Annäherung zwischen der EU und Belarus in den letzten zwei Jahren im Rahmen der Östlichen Partnerschaft (ÖP) und der vorsichtige Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hatten Hoffnung geweckt, dass eine langsame Öffnung und Demokratisierung von Belarus möglich wären (siehe [DGAPanalyse 5/2010 »Zwischen Reformen und Machterhalt«](#) von Marie-Lena May). In der Wahlnacht am 19. Dezember 2010 zeigte das Regime Lukaschenkos jedoch sein wahres Gesicht. Lukaschenko hatte nie die Absicht, politische Reformen zuzulassen. Im wirtschaftlichen Bargaining mit Russland brauchte er die EU, um maximale Vorteile für sein marodes Wirtschaftssystem auszuhandeln. Die gut vorbereitete, brutale Reaktion der Sicherheitskräfte am Abend der Präsidentschaftswahl und das bis heute andauernde systematische Vorgehen gegen Oppositionelle, deren Sympathisanten, Nichtregierungsorganisationen, Anwälte und Medien zeigen aber auch, dass Lukaschenko und die Sicherheitsorgane befürchteten, durch die relative Öffnung im Vorfeld der Wahlen und dem wachsenden Interesse der Bevölkerung an alternativen Kandidaten die Kontrolle zu verlieren. Unabhängige Umfragen hatten

gezeigt, dass entgegen dem offiziellen Wahlergebnis die Zustimmung zu Lukaschenko nicht bei knapp 80 Prozent liegt, sondern zwischen 35 und 45 Prozent.

Die Rolle Russlands

In den Monaten vor der Wahl eskalierten die Beziehungen zwischen Russland und Belarus wie nie zuvor. Die Ursachen hierfür liegen nicht in erster Linie an der Annäherung von Belarus an die EU, sondern im von Moskau unabhängigen Handeln Lukaschenkos und in gegensätzlichen ökonomischen Interessen beider Staaten. Kurz vor der Wahl erfolgte jedoch eine Einigung zwischen Moskau und Minsk über den Beitritt von Belarus zur Zollunion mit Russland und Kasachstan sowie über Zölle für russische Öllieferungen. Diese Einigung war das Signal für Lukaschenko, dass Russland ihn unterstützt, und letztlich ein Freibrief für sein Vorgehen nach den Wahlen. Die offensichtliche finanzielle Unterstützung Russlands für einzelne oppositionelle Kandidaten im Wahlkampf kann somit weniger als Suche nach Alternativen zu Lukaschenko interpretiert werden, sondern als Druckmittel für die bilateralen ökonomischen Verhandlungen.

Die Isolation Lukaschenkos nach den Wahlen durch den Westen erhöht die Abhängigkeit der belarussischen Führung von Russland. Parallel zum systematischen Vorgehen des belarussischen Sicherheitsapparates gegen Oppositionelle laufen die Verhandlungen mit Russland über die Konditionen für die Lieferung russischen Öls an belarussische Raffinerien. Die Verhandlungsposition Russlands hat sich mit der Isolation Lukaschenkos deutlich verbessert.

Wie sollte die EU auf diese Situation reagieren?

Die EU-Staaten sollten in Bezug auf das Regime Lukaschenko einen Drei-Ebenen-Ansatz entwickelt. Erstens muss dem Regime mit starken ökonomischen und politischen Sanktionen deutlich gemacht werden, dass seine Handlungen inakzeptabel sind und es sich außerhalb internationaler Rechtsstrukturen bewegt. Zweitens muss der belarussischen Bevölkerung gezeigt werden, dass sie nicht Ziel dieser Sanktions- und Isolationspolitik ist, sondern Alexander Lukaschenko und sein Umfeld, insbesondere im Sicherheitsapparat. Drittens muss Belarus auf die Agenda der EU-Russland-Beziehungen gesetzt werden, um zu zeigen, dass die EU aus ihren Fehlern der letzten 16 Jahre gelernt hat und Russland in die Verantwortung nehmen muss.

Politischen und ökonomischen Druck aufbauen

Um politischen Druck auf das Regime auszuüben, sollten die Wahlen nicht anerkannt und Neuwahlen unter internationaler Kontrolle und nach Freilassung aller Kandidaten gefordert werden. Der Visabann für Lukaschenko und sein direktes Umfeld sollte wieder eingesetzt und auf den Sicherheitsapparat und alle Beteiligten an der Manipulation der Präsidentschaftswahl und dem Vorgehen gegen die Opposition ausgedehnt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, dass Gespräche auf einer untergeordneten Ebene mit dem Regime stattfinden. Deshalb sollte Belarus nicht aus der Östlichen Partnerschaft ausgeschlossen werden, denn die ÖP ist der einzige Zugang der EU zu Belarus. Der Staat kann sich nur von innen heraus verändern, und ohne Kontakte zum offiziellen Apparat verliert die EU jegliche Einflussmöglichkeit. Die Zusammenarbeit soll

dabei wie bisher auf »Sparflamme« laufen, nur die multilateralen Plattformen betreffen und keine größeren finanziellen Investitionen beinhalten. Weiterhin sollten in der Elite Personen identifiziert werden, die an einem Dialog und wirtschaftlichem Austausch interessiert sind. Mit dem brutalen Vorgehen nach der Wahl und dem Austauschen u. a. des Premierministers wurde der Sicherheitsapparat in der belarussischen Elite gestärkt und die wirtschaftlich orientierten Strukturen geschwächt. Umso wichtiger ist es, verlässliche Partner zu identifizieren und auf unterschiedlichen Ebenen Kontakte zu knüpfen.

Die EU sollte ihre Machtposition als zweitwichtigster Handelspartner von Belarus einsetzen und ökonomischen Druck aufbauen. Belarus sollte keine Kredite von europäischen und internationalen Kreditinstitutionen erhalten, und laufende Finanzierungsverfahren sollten ausgesetzt werden. Die Konten des Regimes im Ausland sollten eingefroren werden. Rotterdam ist der wichtigste Hafen für die Verschiffung von belarussischen Ölprodukten, eine der Haupteinnahmequelle für den belarussischen Staat und seine Eliten. Es stellt sich die Frage, ob der Verkauf von belarussischen Ölprodukten sanktioniert werden kann.

Die Zivilgesellschaft stärken und unterstützen

Kernstück der EU-Politik gegenüber Belarus sollte die Unterstützung der belarussischen Bevölkerung sein. Dafür sollten die EU-Mitgliedstaaten einen Belarus-Fonds für zivilgesellschaftliche Projekte anlegen. Dieser sollte mit mehr Mitteln als die bisherigen Förderungen ausgestattet werden und den realen Gegebenheiten in Belarus angepasst sein: d. h. darauf Rücksicht nehmen, dass viele Organisationen keine legale Arbeitsbasis haben, ihre Computer beschlagnahmt wurden oder sie mit Durchsuchungen und Verhaftungen rechnen müssen.

Das Civil Society Forum der ÖP sollte verstärkt genutzt werden, um der Zivilgesellschaft eine Artikulations- und Vernetzungsplattform zu bieten. Zusätzlich sollten die Visagebühren für die Bevölkerung abgeschafft, die Europäische Humanistische Universität

in Vilnius sowie der gegenseitige Studentenaustausch ausgebaut und Stipendien für Belarussen massiv aufgestockt werden. Wichtig ist auch, die inhaftierten und unter Druck gesetzten Oppositionellen sowie Medienvertreter und Rechtsanwälte finanziell zu unterstützen und die Ereignisse im Land weiterhin genau zu beobachten und auf Missstände hinzuweisen.

Russland ist der Schlüssel zu Lukaschenko

All diese Sanktionen und Unterstützungsinstrumente werden jedoch nur einen begrenzten Einfluss auf die Handlungen Lukaschenkos haben, solange er von Russland politisch und ökonomisch unterstützt wird. Die belarussische Wirtschaft ist abhängig von Krediten und günstigen Öllieferungen aus Russland.

Bis auf einige wenige Aussagen wie die Anerkennung der Wahl durch den russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew gibt es kaum offizielle Reaktionen aus Russland. Moskau weiß, dass Lukaschenko ökonomisch jetzt noch abhängiger ist als vor der Wahl, und wird diese Situation zu seinen Gunsten nutzen. Das wird Einfluss haben auf die Energiepreise für Belarus und den Zugang russischer Unternehmen zu Schlüsselindustrien im Nachbarland.

Gleichzeitig hat Moskau zurzeit kein Interesse daran, dass Belarus zu einem Konfliktfall in den EU-

Russland-Beziehungen wird. Die Agenda Moskaus in Bezug auf die EU besteht aus Annäherung und ökonomischer Modernisierungspartnerschaft. Gerade deshalb sollte das Thema Belarus auf die EU-Russland-Agenda gesetzt werden und zum Testfall dafür werden, wie ernst Russland die Annäherung mit dem Westen meint. Auf Seite der EU-Mitgliedstaaten muss sich zeigen, ob Menschenrechte und Demokratie in Belarus einen Konflikt mit Russland wert sind. Denn das hat das Scheitern der europäischen Belarus-Politik der letzten 16 Jahre gezeigt: Nur wenn die EU-Mitgliedstaaten die Entwicklungen in Belarus ernst nehmen und endlich unter der Berücksichtigung der Rolle Russlands eine Strategie für dieses Land entwickeln, gibt es eine Chance, Lukaschenko tatsächlich unter Druck zu setzen.



Marie-Lena May
<m.may@dgap.org>



Dr. Stefan Meister
<meister@dgap.org>